

Er Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., einschließlich Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Saale-Zeitung.

Grundbesitzerlicher Jahrgang.

werden die Spaltenzahl oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von anderen Anzeigenstellen und allen Anzeigen-Expeditoren zu zahlen. Bekanntes die Seite 75 Pfg.

Reaktion und neue Kämpfe.*

Von Prof. Dr. Otto Weidner-Beuth. (Schluß.)

Unter den Männern, denen das Zustandekommen der freistimmigen, auf dem Boden des Gemeindepinzips erbauten Kirchenordnung Wadens gelungen war, stand obenan Richard Rothe, einer der bedeutendsten Theologen des 19. Jahrhunderts. Zwar stand er an Spitze des wissenschaftlichen Denkens entschieden zurück hinter Schieffner und hinter dem aus der Hegelschen Schule hervorgegangenen Schweizer Religionsphilosophen Wiebermann, und vollends für Wadens historische Kritik fehlte ihm aller Sinn.

bildung, Volkserziehung, Hebung sozialer Notstände, Verständigung und Veröhnung der sozialen Klassen untereinander, kurz für Verchristlichung des ganzen Volkslebens und Verweltlichung des Christentums im Sinne Nothes. Und dieselbe junge Generation, die auf praktischem Gebiet ihr Arbeitsfeld zu erweitern und so fröhlich im Zeug geht, beginnt neugierig und theoretisch die Schiefler des engen Dogmatismus ihrer Schultheologie abzuschütteln und mit freiem Blick auf dem weiten Gebiete der allgemeinen vergleichenden Religionswissenschaft sich umzuheben, eine Wendung von unabsehbarer Tragweite!

Deutsches Reich.

Gesetz- und Verordnungsblätter.

- Das bänische Königspaar trifft nächsten Dienstag in Hamburg ein und nimmt dort einige Tage Aufenthalt.
- Der König von Siam tritt zu einem mehrtägigen Besuch des Regentenpaares am 5. August in Braunschweig ein.
- Kammerpräsident Reichsstaatsminister v. Bapier, der Führer der süddeutschen Volkspartei, wurde am 10. Juni 60. Geburtstag in der getrennten württembergischen Kammer Sitzung öffentlich beglückwünscht.

Kaiser Wilhelm in Hannover.

Gegen 2 Uhr verließ der Kaiser gestern die Kaserne der Königsulane, wor der das Regiment Aufstellung genommen hatte. Als der Kaiser aus dem Viertel herausritt, begrüßte der Kommandeur ein Hurra aus, in das das Regiment begeistert einstimmte. Der Kaiser besah jedoch ein offenes Automobil und fuhr direkt zur Bahn, von wo um 2 Uhr die Abfahrt nach Hamburg v. d. S. erfolgte.

Neue neue Anleihe.

Die 'Nordd. Allg. Ztg.' schreibt: Die 'Königliche Volksz.' schenkte in ihrer Nummer vom 8. Juni, das Reich müsse demnächst wieder mit einer neuen Anleihe von rund 200 Millionen Mark an den Geldmarkt herantreten, um seine dringenden Bedürfnisse zu decken. Wogegen davon, daß die noch offenen Kredite nach der eigenen Darstellung der 'Königlichen Volksz.' nicht 154 Millionen, sondern 137 Millionen betragen und daß eine Kreditvorlage über 50 oder 60 Millionen Mark für Staatsübertragungen anlässlich des süddeutschen Wahlstandes gegenwärtig überhaupt nicht in Frage kommt, weil diese Staatsübertragungen noch nicht feststehen, kann das Reich seine einkommensmäßigen Ausgaben bis auf weiteres noch aus dem Erlös für die im März dieses Jahres begabenen 200 Millionen Mark Anleihe, die ebenfalls durch die bisunterstützten finanziellen Sachverhältnisse gedeckt werden, nicht ins Gewicht. Denn während im abgelaufenen Rechnungsjahr die getrennten Marktkontrahenten Beiträge nach Gegenrechnung der Lebensversicherer nur etwa 85 Millionen Mark betragen, haben die Vorkasse für die Unfallversicherung Ende März 1907 eine Höhe von 177 Millionen erreicht und werden für 1907 noch weiter steigen.

Die Schiffahrtsabgaben.

An der Seilkommer Konferenz für die Schiffahrtsabgaben nimmt nur ein Vertreter von Bremen, Vahren, Württemberg, Baden, Hessen und Elbe-Lothringen teil. Für die Schiffahrtsabgaben auf der Elbe ist bekanntlich ein Durchschnittssatz von 0,07 Pfg. pro Tonnekilometer, für die Weier ein solcher von 0,05 Pfg. in Aussicht genommen, während Vahren, wie etwennlich, mit einem Durchschnittssatz von 0,04 Pfg. zur Bedingung der im Interesse der Schiffahrt aufzuwerdenden Summen für Stromregulierungsarbeiten auskommen hofft. Im einzelnen gelangt die erweiterte Kanalsteuer des Rheins, des Neckars und der Main und die Verbesseerung der Rheinstrecke von St. Goar bis Mainz (das 'Ringerloch') zur Verhandlung, dann aber auch die Organisations des Zwischens und die rechtliche Formulierung für die Schiffahrtsabgaben bzw. 'autentische Interpretation' des Artikels 54 der Reichsverfassung.

Weg zu Füßen des Kardinals Baumelli.

In Weg soll im August ein internationaler eucharistischer Kongress abgehalten, d. h. eine katholische Versammlung zur Verbeugung der Eucharistie der Eucharistie der Eucharistie. Die letzte Tagung war in Douai in Belgien; auf derselben erschien im Auftrag des Papstes der Kardinal Baumelli, der darauf auch in selber Gleichheit nach Essen ging und dort jene vielbesprochene Anrede hielt, in der Gebotnis gegen den Papst auch in weltlichen Dingen gebotet wurde, ein Papst, der dann ad usum der deutschen Presse wieder heraufbeschworen wurde. Baumelli soll auch in Weg den Papst vertreten, und aus diesem Anlaß hätte das Komitee des Kongresses an den Gemeinderat

der Stadt Weg durch Vermittlung des Bischofs von Trier folgenden Antrag:

'Der Herr Bürgermeister und eventuell auch die Herren Gemeinderatsmitglieder mögen sich Vertreter der Stadt offiziell am Empfangslokal des Vertreters d. l. Kardinals Baumelli, beistellen, die Stadt möge bei der Hauptfeier die Stadtkirche, die Mutter, läuten lassen; ferner möge die Stadt zu dem Zwecke die Schmächtigung der Straße vom Bahnhof nach der Altmühlstraße übernehmen; der Gemeinderat wolle die Genehmigung zur Teilnahme der Stadt an dem Festen geben, so daß die beiden geplanten Festlichkeiten von Freitag und Sonntag gefeiert. Der Gemeinderat wolle ferner seine Genehmigung erteilen zur Teilnahme der sich freiwillig meldenden katholischen Mannschaften der Feuerweh- und Ordnungsgesellschaften, wofür die Mannschaften vom Lokalomitee entsprechend honoriert werden; ferner möge der Gemeinderat die Bestimmung des Platzes für den Gottesdienst unter den üblichen Bedingungen zur Verfügung stellen, sowie die Benutzung der städtischen Turnhalle gestatten für den Fall, daß die übigen Räumlichkeiten nicht ausreichen sollten.'

Die Stadtkirche, die Mutter, ist eine sehr alte große Kirche in einem Turm der Hege Kathedrale; sie gehört der Stadt und wird nur bei der Ankunft des Kaisers oder des kaiserlichen Staatsoberhauptes geläutet, sonst schweigt sie, daher wahrscheinlich ihr Name la matris = die Mutter (die Stimme). Es werden also kaiserliche Ehren für den Kardinal Baumelli befragt.

Bei der Debatte im Gemeinderat wurde gesagt, daß für den Ordnungsbereich sämtliche Mitglieder der Feuerweh-, Katholiken und Protestantischen, herangezogen werden sollten, bei dem Ehrenfest möchten sich die Protestanten beteiligen, welche es wünschen. Der Gemeinderat beschloß auch aus Kostensachen und Protestanten, er soll sich ebenfalls in corpore beteiligen! Der Wunsch, welcher die Stadtkirche zum größten Wohlwollen gegenüber den katholischen Förderern bewog, wurde höchst erbaulich vom Gemeinderatsmitglied Konrath aus einandergeredet:

Schön bin überzeugt, daß nach dem, was bis jetzt feststeht, die Geschäftskreise der Stadt bei diesem Kongress ein gutes Geschäft machen werden, denn es steht zu erwarten, daß außer 26 Bischöfen und Erzbischöfen etwa 15-20.000 Fremde nicht nur aus Deutschland, sondern auch von den Nachbarländern, sondern auch aus der ganzen Welt nach Weg kommen werden. Ich möchte daher die Herren Gemeinderatsmitglieder bitten, sich möglichst vollständig an dem offiziellen Empfang, des päpstlichen Vertreters am Bahnhof zu beteiligen. Die Geschäftskreise werden durch diesen Massenbesuch von Fremden, die ein schönes Stück Geld in der Stadt lassen, gewissmaßen entschädigt für den Einnahmeverlust, der ihnen durch die Kosten der Anleihe verursacht worden ist.

Diesem hohen Geschäftspunkt, der wieder einmal zeigt, wie wenig bei fixierten Preisen die Religion und Geschäft sich verhalten, dachte ich, möchte ich mich über die Gründe, die mich dazu verleiten, über die kirchliche 'Vollstimmigkeit' der Weg-Verkehrer zu äußern, nicht verhalten lassen, sondern die Worte: Daß es wahr ist, was vom Lokalomitee des eucharistischen Kongresses verlangt wurde, ohne weitere Debatte einstimmig bewilligt. D. E. K.

Ein katholisches Verdict über die Zentrums-Presse.

Die Unwertigkeit der Zentrums-Presse gegenüber der liberalen Welt, wenn auch unterwiegend, von katholischer Seite anerkannt werden. Dieser Tage ist eine Vorrede des bekannten katholischen Schriftstellers Dr. Viktor Baumann: 'Die katholische Presse' erschienen, von der die 'Königliche Volksz.' sagt, daß der Verfasser die Schäden bei der katholischen Presse mit großem Feingut und kritischer Sachkenntnis untersucht hat. Die Gründe, die der liberalen Presse ein Lebensrecht gegenüber der Zentrums-Presse gegeben haben; Dr. Baumann bekundet offen:

'Mit der beliebten Theorie, daß die liberalen Zeitungen nur der 'Konstitutionalisierung' dienen und nur durch werden und finanzierende Beiträge den Kreis der Abonnenten immer erweiterten, während die anderen Parteien in der Beziehung mit ihnen nicht Schritt halten können und wollen, kommt man nicht aus; sie sind bereits durch die Konkurrenz der katholischen Presse, die durch die Schuld zu schaden, sondern an die eigene Brust schlagen, und auch dort nachdrücklich, ob alles in Ordnung ist. Und da fragt es sich zunächst: 'Ist die rechtliche 'Macht' der Zentrumsblätter eine gleichartige wie die der großen liberalen Zeitungen?' und hierauf muß ein plattes 'Nein' antwortet werden. Mit Ausnahme der 'Königlichen Volkszeitung' und vielleicht der 'Germania' ist kein Zentrumsblatt im letzten Sinn 'modern' gemacht.'

Es würde zu weit führen, alles das, was der Verfasser im einzelnen an der Zentrums-Presse zu bemängeln hat, auszuführen; nur eine von dem Verfasser belagte Behauptung verdient hervorgehoben zu werden. Ihm ist nämlich die Zentrums-Presse im Laufe der Zeit zu einseitig kirchlich geworden; er plädiert daher dafür:

'Der Verfasser, der stillen wie der ruhigen ungeschadet, was das ein kirchliche einseitigkeit ist, die in allen Dingen aber dürfen nicht so viel Freiheit in dem letzten Teil selbst zu Wort kommen. In vielen Fällen ist es so weit gekommen, daß jeder Partier, in jeder Kaplan, mitunter schon jeder Verleger, das Wort abnimmt fast, glaubt, daß er nur auf verpflichtet sei, alle Ereignisse aus seiner Gemeinde, die ihn interessieren dünken, als da sind: Frauenvereine, gefällige Missionen, Vikarien, Jubiläen usw., in anderer Hinsichtliche in seinen Schreiben in der eucharistischen Zeit, der aber in der Autorenkreise nicht viel so - nicht einmal verbessert werden darf, breitet treten zu lassen.'

Weiter wird in diesem Zusammenhang die mangelnde wissenschaftliche und nationalökonomische Ausbildung der Redakteure befragt; es macht sich zu viel Abhängigkeit von den Feiern der Geistlichen, speziell der jüngeren, die nicht immer die besten sind, bemerkbar. Es wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als daß Herr Baumann, der Verfasser der Not eucharistisch und sich in die Richtung zur Ausbildung von Zentrumsredakteuren einwirkt; wenn auch Gewissensfreiheit in der Prüfung der Glaubwürdigkeit von Nachrichtenmaterial nicht gerade seine Hauptaufgabe ist, so kann man ihm doch die journalistische Gewandtheit nicht absprechen.

Diese kritische Kritik der Schäden der Zentrums-Presse, die die 'Königliche Volksz.' ohne ein Wort des Bittertums übernimmt, scheint uns besonders bedauerlich bemerkenswert, weil hier

* Siehe Nr. 265, 266 und 270 der 'Saale-Zeitung'.

von zwei fließenden Seiten des Atlantik-Ozeans die erste Verbindung des fahrlöcherigen Kanals mit dem Mittelmeer, das Überwinden ihres Spaltens mit spezifischen Anlegeeinheiten der fahrlöcherigen Strecke schon angegeben und damit die Fiktion, daß das Zentrum, sein zentralisiertes, sondern eine vollständige Partei sei, gründlich zerstört ist.

Fähnlicher Schutzberein.

Die vor mehreren Wochen angelegentlich Konstitutionierung eines fähnlichen Schutzbereins für die deutsche Nordmarkt ist nunmehr vollzogen worden. Der Gründung, die in Bonn (Rheinland) erfolgte, wählten die Delegierten und damit die Nordmarkt bei. Die geliebten Fähnchen, die in erster Linie die innere Organisation des Schutzbereins betreffen, werden geteilt gehalten.

Der Reichstag und die evangelischen Arbeitervereine.

Mr. Weber-Waldach hatte als Vorsitzender des Gesamtsverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands dem Reichstag die Vertretung der evangelischen Arbeitervereine an ihm und insbesondere an seiner Sozialpolitik ausgedrückt. Darauf ist ihm folgende Antwort geworden: Berlin, 8. Juni 1907. Euer Hochwürdigem bitte ich für die mir zum Ausdruck gebrachten Genehmigungen meinen herzlichsten Dank entgegenzunehmen. Es hat mich aufrichtig erfreut und ist mir von besonderem Wert, daß meine Politik in den Kreisen der evangelischen Arbeitervereine Bekanntheit findet. Zu der Hoffnung, daß diese Vereinerne auch für die Zukunft Bestand haben, bin ich in aufrichtiger Überzeugung. Euer Hochwürdigem sehr ergebener Diener.

Sonderbare Lohnbewegung.

Eigenartige Fälle scheinen die Arbeiterbewegung in München zu sein. Während in allen anderen Städten der Arbeiter der Kollegen ein festes Gehalt zugesichert und teilweise deshalb in den Rufstand getreten sind, wollen die Münchener das gerade Gegenteil. Nach dem Münchener Arbeiterblatt haben die Meister den Gehältern den Gehaltsbestand festwilling angeboten, die Gehältern haben jedoch übertrieben in einer Beschlusse Sitzung, an der Arbeiter mit 100% Stimmen der Tag festhalten. Die Arbeiter, die bemerkt zu diesem etwas unbilligen Verhalten in verkappter Form, daß die Münchener Arbeiterbewegung wie es scheint noch nicht befreit hätte, daß die Vertiefung der Arbeiter die Hauptforderung in den gewerkschaftlichen Kämpfen sein sollte.

Religion und Konfession.

Das Oberlandesgericht in Wolfenbüttel im Abenbrach ist freilich die dem Bismarck gegenüber die Kirche.

Verkehrswesen.

Der Verkehrsminister hat mit Erlaß vom 3. d. M. eine weitere Verbesserung des Schiffsverkehrs anzuordnen.

See- und Flotte.

Das argentinische Schiffschiff „Presidente Sarmiento“ ist gestern in Cuzco an gekommen. Der argentinische Schiffschiff „Presidente Sarmiento“ ist gestern in Cuzco an gekommen. Der argentinische Schiffschiff „Presidente Sarmiento“ ist gestern in Cuzco an gekommen.

Kaiserliche Marine.

„Conchita“ ist am 4. Juni in Wismar an gekommen und beschleunigt am 29. Juni nach Danzig in See zu gehen. „Eberhard“ ist am 11. Juni in Danzig an gekommen und beschleunigt am 21. Juni nach Wismar am 30. Juni in See zu gehen.

Veranstaltungen und Kongresse.

In Breslau findet am 15. d. M. der Allertag der Schlesischen Arbeitervereine statt. In der Generalversammlung wird u. a. auch über die Verwirklichung der Arbeitervereine in den Kaiser berichtet werden.

Gestern vormittag 9¼ Uhr begann in Mannheim die 47. Jahresversammlung des Deutschen Vereins der Gewerkschaften in Mannheim. Die Versammlung wird von über 1000 Personen besucht. Die Redner sind: Dr. Schuler, Kretschmer, Dierker, Schuber, und Hagen sind auf dem Kongress durch hervorragende Redaktionen vertreten.

Der Verband der Deutschen Juden hält seine zweite Hauptversammlung Sonntag, den 13. Oktober 1907, in Frankfurt a. M. ab. Folgende Vorträge sind angeordnet: Gehelmer Professor Dr. Rosen-Warburg über religiöse Kolonien. Professor Dr. Rosen-Warburg über religiöse Kolonien. Professor Dr. Rosen-Warburg über religiöse Kolonien.

Erster internationaler Fleischerkongress.

[Nachdruck verboten.] Hg. Hamburg, 12. Juni. An die Tagung des 80. Deutschen Fleischerkongress, die heute zu Ende geführt wird, schloß sich heute der erste internationale Fleischerkongress. Die Verhandlungen finden wieder im Konstanzer Hof am St. Pauli statt. Obermeister Max-Franzfurt a. W. eröffnet als Vorsitzender des deutschen Fleischerverbandes die Verhandlung und begrüßt die zahlreich erschienenen Vertreter der ausländischen Fleischervereine. Die Teilnehmer sind: Belgien, Dänemark, England, Schweden, Dänemark, Ungarn, Holland, Belgien, Spanien, Portugal, Schweden, die französische und deutsche Schweiz, deutsche und niederländische Fleischervereine aus Wismar und Wismar, Fleischervereine und Fleischerhändlervereine aus Nieder-Österreich und Ungarn. Es wurde sich hier nicht darum handeln, so führte der deutsche Verbandsvorsitzende aus, allgemein gültige internationale Vereinbarungen anzuknüpfen. Der Hauptzweck sei vielmehr, persönliche Beziehungen anzuknüpfen und Kenntnis von den Verhältnissen der einzelnen Länder zu erlangen, damit sie gegenseitig lernen, was zu erziehen und was zu vermeiden sei. Dieser Kongress sei gewissermaßen ein kleiner Vorbau der Sanger Friedenskongresse.

Nebst schließt mit einem Hoch auf die Regenten und Staatsoberhäupter aller hier vertretenen Staaten. Die Verhandlungen werden in deutscher, englischer und französischer Sprache geführt, die Hauptdiskussionsfrage ist deutsch. In das Protokoll werden gewählt: Max-Franzfurt a. W. als Vorsitzender, die Delegierten des belgischen Verbandes für die englischen Delegierten. — Obermeister Schmitt berichtigte dann über die hygienischen und sanitären Maßnahmen, denen das Fleischergewerbe in Deutschland unterworfen ist. Gleichen Inhalt hat Berichte der einzelnen Delegierten über denselben Gegenstand. Derzeit in Wien, Präsident des belgischen Verbandes, hat eine interessante Mitteilung gemacht, die er auf dem Hamburger Schiffschiff geteilt hat, was er auch über die vollkommene Sanidation der Fleischerbäuer. Das würden sie als außerordentlich wertvolles Material in die Heimat mitnehmen. Neben geht dann auf die Verhältnisse des Schlachthofes in Wien ein und die Einrichtungen, die dort nicht gerade an Höhe zu erreichen. Die Fleischerbäuer sind überwiegend in England nicht ganz vollkommen. Der Präsident des belgischen Verbandes hat dann auf die unangenehme Lage des Fleischergewerbes in Belgien. Die Ursachen liegen in den unwürdigen Preisen und in dem Mangel an teurem und gutem Vieh. — Wolpert-Götter, Präsident des deutschen Fleischerverbandes, verbreitet

sich über die Verhältnisse im schwedischen Fleischergewerbe. Die Fleischerbäuer und die Aussicht in den Schlachthöfen sei in Schweden ebenso streng wie in Deutschland. Neben empfiehlt eine internationale Kommission über die Arbeiterfrage. — Der nächste Bericht wird gehalten von Julian Ferrandez-Madrid. Er trägt über die großen Veränderungen durch die Fleischerbäuer, denen die Fleischerbäuer der Rinder- und Schweinebäuer laud sei. Dann werden Waffen von Vieh auf den Markt geworfen, um sie schnell abzuschaffen. Dadurch entstehen große Schwankungen, unter denen das Fleischergewerbe außerordentlich leidet. Es müßte darauf geachtet werden, daß die Verhältnisse der internationalen Fleischerkongresse über die Seuchenbekämpfung strengste Beachtung finden.

Der erste internationale Fleischerkongress folgte dem Beschluß, alljährlich in verschiedenen Ländern einen internationalen Fleischerkongress abzuhalten. Die Leitung der Geschäfte bleibt in den Händen des deutschen Verbandes. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich der Kongress u. a. ausdrückt für die Einführung der allgemeinen Fleischprüfung in allen Ländern. Da diese Maßnahme lediglich im Interesse der Konsumenten getroffen werden, sollen die Kosten aus öffentlichen Mitteln bestritten werden. Ferner wird sich der Kongress auf den Erlaß von Fleischprüfungsregeln lediglich bei vorliegenden berechtigten Gründen, für strenge Bekämpfung der Fleischerbäuer, namentlich in der Entscheidung, für eine internationale Regelung der Fleischprüfung sowie für die Einsetzung eines internationalen Komitees zur Verfolgung der internationalen gewerblichen Angelegenheiten. Das Komitee soll aus den jeweiligen Vizepräsidenten der einzelnen Länder oder deren Stellvertretern bestehen.

Ausland.

Die Sanger Friedenskongresse.

Die Sanger Friedenskongresse werden sofort die Öffentlichkeit der Verhandlungen beitragen. Die Annahme kann nur mit allen Stimmen der vertretenen Staaten erfolgen, weil sonst die sich abnehmend verhaltenen Staaten von der Konferenz zurücktreten könnten.

Zur Augenärztlichen Konferenz.

Nachträglich wird bekannt, daß Professor v. Sphing hinsichtlich der Bewilligung des Großen Verensberg gegenüber sehr tiefste Bedauern, den Brief geschrieben zu haben, ausgedrückt und erklärt hat, ganz zu Unrecht auf Tadeln hingeworfen zu haben, deren öffentliche Verurteilung dem Grafen über dessen Familie unangenehm oder abfällig sein könne. Diese Entschuldigung ist vom Reichstag u. Sphing auch schriftlich abgegeben worden. Die Nachricht, Graf Verensberg habe bei dem künftigen deutschen Reichstag eine Mitteilung über den in Deutschland gelegenen Teil des russischen Familienfriedhofes abgegeben, ist, wie die „Wolff. Zig.“ zuverlässig erfährt, gänzlich unbegründet.

Veranstaltungsfreiheit in Anhalt.

Die Sozialdemokraten haben in der Reichsbahn einen Gesetzentwurf betr. die Veranstaltungsfreiheit eingebracht. Danach sollen alle russischen Bürger ohne Unterschied des Alters und Geschlechts das Recht haben, an einem beliebigen Orte unter freiem Himmel oder in geschlossenen Räumen Versammlungen abzuhalten, ohne daß eine polizeiliche Genehmigung erforderlich ist. Demnach, die letzte Höhe von ihnen zu wollen, sollen mit Befugnis bis zu sechs Monaten befristet werden.

Keine sibirisch-amerikanische Bahn.

Das sibirische Telegraphenbureau bestätigt seine Meinung über die angelegte Geländebahn zum Bau einer sibirisch-amerikanischen Bahn. Es schreibt: „Die am 8. d. M. ausgegebene Petersburger Zeitung betreffend den Bau einer Eisenbahn von der Station Krasnojarsk zur Verbindung mit dem sibirischen Eisenbahnnetz, ist sehr unrichtig. Der Vor hat den Befehl des russischen Ministeriums betreffend die Erweiterung einer Konzeption zum Bau einer Eisenbahn von der Station Krasnojarsk bis zur Verbindung mit dem Bau eines unterirdischen Tunnels nach Amerika genehmigt.“

Zwischenverfolgungen in Rumänien.

Aus dem deutschen Bureau der „Alliance Israélite universelle“ wird mitgeteilt, daß die rumänischen Senats des Konstitutionshofes in Bukarest ein Urteil gegen einen jüdischen Kaufmann gefällt haben, daß die im Lande geborenen Fremden über die Ehre von Eltern, die im Lande geboren sind, aus Rumänien auszuscheiden werden können, selbst wenn sie dem Willkürdienst genügt haben. Dieses Urteil über die rumänische Zivilisation auf, die sich auf ein Verdict des zweiten Senats des Konstitutionshofes stützt. Zu diesem kann in Rumänien jeder Jude des Landes vertrieben werden, ohne daß ihm das Recht der Rückkehr zustünde.

Ende der jerbischen Kabinettstürze.

Der Abgeordnete Julius Perovitsch, der der Wulfschäfer der altbulgarischen Partei Serbien angehört, ist zum Minister des Innern ernannt worden.

Türken und Araber.

Die „Times“ meldet, aus Medina sei die Nachricht eingetroffen, daß eine große Zahl von Arabern gegen die Türken in die Stadt Medina eingedrungen sei. Der Gouverneur habe wegen der Schwäche der Garnison und in Anbetracht der Symptome der Einwohner mit dem Wahsis dem Einbruch kein Hindernis entgegenstellen können. Man fürchte, daß Jinnah in nächster Zeit Medina angreifen werde.

Die Marokko-Frage.

Es bestätigt sich, was einem Berliner Blatt aus Tanger gemeldet wurde, daß die spanische Regierung die Marokko-Frage Oberst Weller, und seinem Obermannschafts Hauptmann Fildner eine Reihe von russischen ausgedrückt habe, die zur Abberufung Fildners führen werden. Fildner hatte nämlich selbständige Schritte unternommen, die Weller weder gefolgt noch gebilligt hat. Die Angelegenheit war dem Bundesrat unterbreitet worden, der Weller recht gab.

Die Lage in Werfen.

Gestern hat das preussische Parlament in Teltow eine außerordentliche Sitzung der beschlossenen Turen abgehalten. Alle Minister waren anwesend. Es verhandelt, daß über die gegenwärtige Lage verhandelt und daß ein befriedigendes Ergebnis erreicht worden sei. Viele Unzufriedenheiten zwischen dem Kabinett und dem Parlament seien beseitigt und die Notwendigkeit unverzüglicher finanzieller Hilfe sei anerkannt worden. Die Lage stellt sich demnach jetzt hoffnungsvoller dar.

John Morgan.

Der Senator John Morgan ist, wie aus Washington gemeldet wird, gestorben. John Morgan, geb. 17. April 1837 in Sanford (Connecticut), studierte in Boston und Göttingen, trat 1857 in ein Anwaltsamt und gründete 1871 eine eigene Kanzlei in New York, die sich bald zu einer der ersten Kanzleien in den Vereinigten Staaten entwickelte. Morgan war Verwalter und Organisator vieler Eisenbahnen, im 1891 als Angehöriger mit 5 Millionen Dollar arbeiteten Eisen- und Stahlwerke

und 1902 des internationalen, auch deutsche Rederenten umfassenden Schiffahrtstrusts, der International Marine Navigation Company. Der Morgan trug insbesondere die Marine-Morgan begründete Schiffahrtstrust ist infolge von Zahlungsunfähigkeit wieder eingestiegen.

Das Vorgehen gegen die Zuzüge.

Eine offizielle Washingtoner Mitteilung besagt, daß in Washington auch ein Bericht herausgegeben werden soll, die angeblich zuziehenden auswärtigen Elemente der New York und Pennsylvania und den führenden Anführern der Zuzüge betreffende Verbindung aufzuklären. Die betreffenden Eisenbahngesellschaften sind: die Philadelphia und Reading Railroad Company, die Vergh Valley Railroad Company, die Central Railroad Company of New Jersey, die Delaware, Lackawanna and Western Railroad Company, die Erie Railroad Company und die New York, Susquehanna and Western Railroad Company. Den Parteien soll verboten werden, ihre Verbindung weiter fortzuführen. Die zwischen den Eisenbahnen und den Kohlenbergwerken bestehenden Verträge sollen gelöst werden.

Eine Unfallversicherung in der Union.

In einer Rede, die Präsident Roosevelt auf der Ausstellung in Jamestown hielt, betonte er das Eintreten der Bundes- und Einzelstaatsgesetzgebung für eine Entschädigung in der Erfüllung ihres Berufes an Schaden genommenen Arbeiter bzw. ihrer Familien im Falle des Todes solcher Arbeiter. Er sagte, daß es seinen Wünschen ist, die Arbeiter zu unterstützen, die durch Unfälle im Falle der Unterbrechung zwischen Unfällen, die durch Unfälle oder eines anderen Berufs verursacht seien, liegt kein geistiger wirtschaftlicher Grund vor. Eine Entschädigung müsse ohne weiteres erfolgen, statt daß darum erst prozessiert werden müßte.

Japanisch-amerikanische Differenzen.

Der amerikanische Staatssekretär Root hat in der bestimmten Weise abgelehnt, sich über die japanische Frage zu äußern. Seine Erklärung beruht lediglich darauf, daß er nicht will, die betreffenden Gerichte durch amtliche Verurteilungen zu befähigen. Ein hoher Regierungsoffizier in Washington hat die Lage dahin zusammengefaßt, daß wenn die Regierung auch eine Verhandlung mit Japan beschließen würde, trotzdem sehr verantwortliche Beamten während sein dürfte, daß zuzugehen. Im Gegenteil würden die Beamten des amerikanischen Staatsdepartements in Washington die Hoffnung ausdrücken, daß alles gut ablaufen werde. In verantwortlichen Kreisen wurde in bestimmter Weise mitgeteilt, daß Japan seine Rechte in der Frage der Fischerei in den japanischen Gewässern nicht aufgeben habe und daß keine Verhandlung zwischen Japan und den Vereinigten Staaten und auch keine Verhandlung stattfinden werde.

Halle und Umgegend.

Salz, 13. Juni. Manngemeiner Versuch in der Bahnhofsverwaltung. Ein Tagungsmitglied erklärte gestern mittag gegen 9¼ Uhr in der Bahnhofsverwaltung großes Unbehagen. Ein Tagungsmitglied erklärte gestern mittag gegen 9¼ Uhr in der Bahnhofsverwaltung großes Unbehagen. Ein Tagungsmitglied erklärte gestern mittag gegen 9¼ Uhr in der Bahnhofsverwaltung großes Unbehagen.

Preisens- und Versammlungsnachrichten.

Wahlkreis-Angaria-Stellung zu Halle. In der am Dienstag im Ge. Vereinshaus abgehaltenen Generalversammlung wurde der Bericht über das Geschäftsjahr 1906/07 erstattet. Die Zahl der Mitglieder betrug 563 und die Einnahmen betrugen 174. Die Ausgaben betrugen 174. Die Einnahmen betrugen 174. Die Ausgaben betrugen 174.

Johannismesse. Am Donnerstag, 20. Juni, abends 8½ Uhr, wird die Johannismesse im „Garten der Freundschaft“ stattfinden. Die Eintrittskarten sind 1 Mark, die Spenden beliebig. Der Vorstand dankt für die Unterstützung.

Provinzialnachrichten.

Wesensfeld, 12. Juni. Die öffentliche Kundgebung der „Jugend der Freundschaft“ am 12. Juni wurde von der „Garten der Freundschaft“ genehmigt. Die Kundgebung wurde von der „Garten der Freundschaft“ genehmigt. Die Kundgebung wurde von der „Garten der Freundschaft“ genehmigt.

Rumburg, 13. Juni. Von der Straßenbahn. Seit gestern sind in sämtlichen Wagen der elektrischen Straßenbahn die elektrischen Lampen durch Gaslampen ersetzt worden. Die Straßenbahn fährt weiter feiner, ist in Uebereinstimmung mit der Polizei. — Dem Magistrat ist von dem Verein „Wohlfahrt für Rumburg“ ein Antrag zur Verlängerung der elektrischen Bahn unterbreitet worden. Es wurde beschlossen, für die Errichtung einer Bahn zwischen Wismar-Saubach tätig zu sein, um den Verkehr der beiden Enden, in der eine große Bergbau-Industrie im Aufblühen begriffen ist, nach der hiesigen Stadt zu lenken.

